



Anlageobjekt Afrika **2**

Den Selbstzerstörungsmodus deaktivieren **3**

G20-Infos:

Solidaritätsgipfel, Blockaden, Demonstrationen **3**

Interview mit der Interventionistischen Linken **4**



**NoG20 Die G20 stecken in der Krise. Warum nationale Interessen die Agenda dominieren**

Von Nick Sinakusch

**W**enn die Staatschefs der G20 zusammenkommen, trifft sich keine Weltregierung. Zwar repräsentieren die Länder gemeinsam über 80 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Doch diese Addition macht so wenig Sinn wie die, dass die besten sieben Bundesligaclubs über 50 Prozent der Punkte haben. Denn die G20-Staaten sind Konkurrenten, und die Probleme, die sie behandeln, entstehen aus ihren Interessengegensätzen. Gerade deshalb sind ihre Treffen so wichtig. Sie demonstrieren den Willen der Regierungen, sich auf die Bedingungen ihrer Konkurrenz zu einigen. Dieser Wille allerdings schrumpft. Das liegt am Zustand der globalen Wirtschaft.

Die G20 sind ein Produkt der Finanzkrisen. Gegründet hat sich die Gruppe 1999 als Reaktion auf die Asienkrise zwei Jahre zuvor. Damals trafen sich zunächst nur die Finanzminister\_innen und Zentralbankchefs der betreffenden Länder. 2008 machte dann der große Finanzcrash in den Industrieländern eine weitergehende Zusammenarbeit nötig, weswegen die G20-Treffen auf die Ebene der Staats- und Regierungschefs gehoben wurden.

In normalen Zeiten konkurrieren die G20-Staaten, genauer gesagt: ihre herrschenden Klassen, gegeneinander um Macht und Geld. Aber wenn das System, auf dem ihre Konkurrenz beruht, gefährdet ist, stellen sie ihre Gegensätze ein Stück weit zurück, um das System funktionsfähig zu halten. (1)

**Globalisierung am Ende?**

Eine solche Hilfe scheint das System derzeit nicht nötig zu haben. Die Wirtschaftsleistung in den USA, Europa, Japan und China wächst. Länder wie die USA, Deutschland und Großbritannien haben extrem niedrige Arbeitslosenraten. In anderen großen Ökonomien sieht es zwar nicht ganz so gut aus. Aber die Situation bessert sich Stück für Stück, und

mit ihr steigen die Aktienkurse und die Stimmung bei den Unternehmen: »Der Euroraum ist in Champagnerlaune«, schreibt die DZ Bank Ende Mai. Die Welt ist so reich wie nie zuvor. Und man fragt sich: Warum sind die Regierenden so unzufrieden? Warum können sich die großen Staaten nur noch schwer auf gemeinsame Positionen einigen? Warum wird vor Handels- und Steuerkriegen gewarnt, vor »Protektionismus« und dem »Ende der Globalisierung«?

Der Grund dafür liegt im Zustand der globalen Ökonomie. Die große Krise ist nicht vorüber. Sie lebt weiter und steckt in den Poren der wirtschaftlichen Erholung, die derzeit gefeiert wird.

»Die Erholung gewinnt an Stärke, doch das Wachstum bleibt moderat, die Wirtschaftsleistung liegt in vielen Ländern unterhalb der Möglichkeiten, und die Risiken deuten nach unten«, schreibt die G7 in ihrem jüngsten Abschlussdokument. Sprich: Wachstum ist da. Aber es reicht den Regierenden nicht. Ökonomen\_innen rund um den Globus beklagen ein rätselhaftes Schrumpfen des Produktivitätswachstums, das sie sich nicht erklären können. Dieses Schrumpfen »untergräbt den Anstieg der Produktion«, stellt die OECD fest. »Säkulare Stagnation«, also eine langanhaltende Phase schwachen Wachstums, ist das Gespenst, das derzeit in den Industriestaaten umgeht.

Die Unternehmen beklagen einen allgemeinen Mangel an Nachfrage nach ihren Produkten. Insbesondere die großen Konzerne verdienen zwar gut. Im Durchschnitt jedoch könnten die Unternehmen mehr produzieren. Sie bilanzieren Überkapazitäten, die sie nicht auslasten können. Gleichzeitig fällt es ihnen schwerer, ihre Konkurrenzsituation zu verbessern. »Die Globalisierung ist in eine neue Phase eingetreten«, stellt die Bank M.M.Warburg fest. Die Unternehmen hätten in den vergangenen Jahren ihre Möglichkeiten zur Kostensenkung durch Verlagerung in billigere Standorte weitgehend ausgeschöpft.

Wenn das Angebot nicht das Problem ist, heißt das: Es hapert am Verkauf. Die globale Nachfrage reicht nicht, und die vorhandene Nachfrage ist vielfach über



**Warum sind die Regierenden so unzufrieden?**

Kredit finanziert. Angesichts der sehr niedrigen Zinsen funktioniert das leidlich. Über die extrem billigen Kredite halten die Staaten via Zentralbanken ihre Konjunktur aufrecht. Die Kehrseite davon ist eine gestiegene Verschuldung bei Haushalten, Staaten und vielen Unternehmen. So haben sich die Schulden der chinesischen Unternehmen in den vergangenen Jahren vervierfacht. Die Schuldenlast der Eurostaaten wächst.

**Das Gespenst der Stagnation**

Die Konjunktur ist vielfach nicht stark genug, um diese Schulden zu bedienen: In den USA identifiziert der Internationale Währungsfonds (IWF) gefährdete Unternehmenskredite über vier Billionen Dollar. In der Eurozone schieben die Banken faule Kredite über rund eine Billion Euro vor sich her. Die Warnung vor einer »Zombifizierung« geht insbesondere in Japan und Europa um: Viele Unternehmen und Banken seien eigentlich wandelnde Tote, die nur durch billige Kredite am Leben erhalten werden.

Niemand weiß, was geschieht, wenn die Zinsen dereinst wieder steigen. Und was geschieht, wenn die nächste Krise oder der nächste Abschwung kommt. Irgendwann werden die Zeiten wieder schlechter, das ist sicher, schließlich währt der aktuelle Aufschwung schon acht Jahre und ist damit im historischen Vergleich ziemlich alt. Entwertung steht an.

Das Problem, an dem die G20 laborieren, heißt Überakkumulation. Es gibt zu viel von allem auf der Welt: zu viele Autos, zu viel Öl, zu viele Arbeitskräfte, zu viele Fabriken und Anlagen, ja sogar zu viel Geld – die Zentralbanken pumpen Billionen in die Finanzwirtschaft, ruinieren den privaten Banken damit das Geschäft und produzieren an den Finanzmärkten den sogenannten »Anlagennotstand«, sprich: Es gibt zu viel Kapital, das sich per Investition vermehren will. Zu viel gemessen an den Möglichkeiten, Rendite zu erzielen.

Zwischen den Staaten läuft der Kampf darum, wer verkaufen kann. Es herrscht Verdrängungskonkurrenz: Angemessenes Wachstum gibt es nur noch auf Kosten der anderen Staaten. In dieser Frage

ist die US-Regierung offensiv geworden. Sie beklagt, die Handelspartner würden den Reichtum aus den USA absaugen. Den Handel mit China verglich US-Präsident Donald Trump mit einer »Vergewaltigung«, Deutschland agiere »sehr, sehr unfair«.

Tatsächlich gehört die deutsche Industrie zu den globalen Gewinnern. Durch Exporte ziehen die deutschen Konzerne den Reichtum der Welt auf sich. Die Kritik aus den USA, Frankreich und Italien an den deutschen Exportüberschüssen wehrt die Bundeskanzlerin höchstpersönlich ab und gibt dem Ausland die Schuld an seinen Defiziten: »Es müssen auch in anderen Staaten gute Waren produziert werden, die die Deutschen kaufen wollen«, erklärte sie den Schüler\_innen an der Kurt-Tucholsky Oberschule in Berlin im Mai.

**Konkurrenz der Weltmächte**

Die US-Regierung hat nun Ende April ein Dekret erlassen, nach dem alle bestehenden Handelsverträge der USA daraufhin überprüft werden sollen, ob sie »der amerikanischen Wirtschaft nützen«. Ist dies nicht der Fall, sollen die Verträge verhandelt werden. Ist dies nicht möglich, wird mit Kündigung gedroht. Analog forderte der französische Front National eine Neuverhandlung der EU-Verträge – andernfalls solle Frankreich aus der EU austreten. Und Großbritannien verhandelt mit der EU bereits über die künftige Geschäftsordnung.

Dies wird allgemein als »Protektionismus« beklagt. Tatsächlich aber plant keine der Regierungen, ihr Land vom Weltmarkt abzuschotten. Niemand träumt von Autarkie, jeder will den Weltmarkt – zum eigenen Nutzen. Daher versucht jede Regierung, die Regeln des globalen Geschäfts so zu ändern, dass das je eigene Land stärker von ihnen profitiert. Tatsächlich also verläuft die Grenze in der G20 nicht zwischen »Protektionisten« und »Freihändlern«, wie häufig behauptet wird. Sondern zwischen Ländern, die mit den Erträgen des Handels unzufrieden sind wie den USA oder Frankreich. Und den erfolgreichen Natio-

# ANLAGE- OBJEKT AFRIKA

**NoG20 Die deutsche G20-Präsidentschaft propagiert »Investitionspartnerschaften« im Kampf gegen Armut und Hunger**

Von Olaf Bernau

Zu den zentralen Säulen der deutschen G20-Präsidentschaft gehört die »Compact with Africa«-Initiative, welche die Rahmenbedingungen für Privatinvestitionen in afrikanischen Ländern verbessern soll. Erste Weichenstellungen sind bereits beim G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure im März in Baden-Baden erfolgt. Ein weiterer Meilenstein war die G20 Africa Partnership-Konferenz am 12. und 13. Juni mit dem Titel »Investing in a Common Future« in Berlin unter Beteiligung zahlreicher Vertreter\_innen ausgewählter afrikanischer Länder.

Der demonstrative Bezug auf afrikanische Belange – einschließlich Entwicklungs- und Mitmenschlichkeitsrhetorik – ist keineswegs neu: Bereits 2007 beim G8-Gipfel in Heiligendamm stand Afrika ganz oben auf der Agenda. Noch schlimmer war es im Jahr 2005: Damals war es dem britischen Premier Tony Blair gelungen, die von über 500 zivilgesellschaftlichen Organisationen getragene Kampagne »Make Poverty History« auf seine Seite zu ziehen. Ergebnis war einerseits eine Großdemonstration mit 250.000 Menschen in Edinburgh, die die Arbeitsergebnisse einer von Blair im Vorfeld des G8-Gipfels eingesetzten Afrika-Kommission ausdrücklich unterstützte. Andererseits gingen am selben Tag acht von Bob Geldorf initiierte und weltweit übertragene Live-8-Konzerte über die Bühne (8 = aid = Hilfe).

## Diskursiver Wandel: »Kontinent der Chancen«

Im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise ist nicht nur die Frage der Fluchtursachen innerhalb der EU zu einem diskursiven Dauerbrenner geworden. Auch Klimawandel und Terror spielen heute in Bezug auf Afrika eine ungleich bedeutsamere Rolle als noch vor zehn oder 15 Jahren. Es scheint insofern folgerichtig, dass Afrika-Konzepte hierzulande Hochkonjunktur haben. Im Mai 2014 präsentierte die Bundesregierung ihre »Afrikapolitischen Leitlinien«. Erstmalig schied Afrika in diesen als Kontinent der Chancen, nicht der Krisen definiert – eine Pointe, die sich seitdem wie ein roter Faden durch sämtliche öffentliche Verlautbarungen zieht. Nicht nur die reichhaltigen Bodenschätze und Ackerflächen werden in den Blick genommen; im Zuge des rasanten Bevölkerungswachstums wird Afrika auch als zukünftiger Absatzmarkt gepriesen – zumal die überwiegend jun-

ge Bevölkerung eine hohe Affinität zu Informationstechnologie und Mobilkommunikation aufweise.

Gleichzeitig werden in den »Afrikapolitischen Leitlinien« die (vermeintlichen) Gefahren durch Migration, Waffenhandel, Drogenschmuggel und bewaffnete Konflikte beschworen, weshalb militärische und sicherheitspolitische Maßnahmen erforderlich seien. Was das konkret heißt, machte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen seinerzeit mit ihrem französischen Amtskollegen in einem Gastbeitrag für die FAZ unmissverständlich deutlich: »Es geht um die Versorgung mit strategisch wichtigen Gütern, strategische Handelsinteressen und auch um die Sicherheit europäischer Staatsbürger in Afrika. Diese gemeinsamen Interessen zu wahren und zu schützen, ist daher ein gemeinsames Anliegen: der Afrikaner wie der Europäer.«

Ganz in diesem Sinne liegen derzeit drei Afrika-Konzepte der Bundesregierung auf dem Tisch: Die vom Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vorgelegten »Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika«, die unter der Ägide des Finanzministeriums entwickelte Initiative »Compact with Africa« (»Compact« heißt »Pakt« und steht für die angestrebten »Investitionspartnerschaften«) und schließlich die vom Ministerium für Wirtschaft und Energie propagierte Initiative »Pro!Afrika«, die ebenfalls privatwirtschaftliche Kräfte stärken will, in der aktuellen Debatte allerdings eher randständig ist.

die staatlichen Banken mobilisiert. Das Wachstumsmodell des Landes beruhte lange darauf, mit riesigen Investitionen Produktionskapazitäten zu schaffen, die weltweit verkaufen. Seit der Krise krankt dieses Modell an Nachfragemangel. Das Problem »löst« die Regierung in Peking, indem sie Milliarden an Krediten in den Firmensektor pumpt, um Pleiten zu verhindern und den Aufschwung am Leben zu erhalten. Ergebnis ist eine latente Überschuldung vieler chinesischer Konglomerate – nun hat die Ratingagentur Moody's die Kreditwürdigkeit Chinas herabgestuft, zum ersten Mal seit 1989.

Um seine Verwertung zu garantieren, erhält China zum einen per Kredit erstens seine Überkapazitäten aufrecht, die in der Stahlbranche bereits zu einem Handelskrieg mit den USA und der EU geführt haben. Zweitens sollen über eine neue »Seidenstraße« die Warenexportwege gesichert werden. Und drittens exportiert China vermehrt Kapital und kauft Unternehmen in Europa und den USA. Dies wiederum führt dort zu Protesten. »Die Chinesen kommen – und sie greifen auch nach den Sahnestücken des deutschen Mittelstands.« (Die Zeit, 9.6.2016)

Zudem wird die Forderung lauter, China solle seinen Markt für westliches Kapital öffnen. »Wir sind ein Land, in dem chinesische Unternehmen investieren können, aber wir wollen umgekehrt auch ein gleiches Spielfeld in China«, sag-

te der damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel Ende 2016. Umgekehrt beklagte Chinas Vize-Handelsministerin Gao Yan die »investitionsfeindliche Stimmung in Deutschland«.

So verläuft die Konkurrenz der Weltmächte darum, wer die Schäden der weltweiten Überakkumulation zu tragen hat, spricht: bei wem Pleiten, Arbeitslosigkeit und Entwertung anstehen und wer die unzureichende globale Nachfrage auf sich ziehen kann. Dieser Kampf wird zum einen geführt auf internationaler Ebene und ist der Kampf um die Regeln, die im globalen Geschäft gelten. Das ist der Streit der G20 um Handelsfragen, um die Themen Steuern, geistiges Eigentum, Investorenrechte und die Gleichstellung inländischer und ausländischer Firmen.

## Ein Trend zur Militarisierung

Dieser Streit erhält auch eine immer stärkere militärische Komponente. China versucht, gegen die USA sein Hintertland im chinesischen Meer für sich zu sichern. Die EU sucht eine »eigene Identität« innerhalb der NATO. Denn sie ist zwar der größte Handelsblock der Welt. Gleichzeitig aber bleibt die EU gegenüber den USA »der schwächere Partner auf Grund ihrer Abhängigkeit von Energieimporten und von den Sicherheitsgarantien der USA«, so das Brüsseler Bruegel-Institut. Und die stellt die US-Regierung in Frage.

Daraus schließt die Bundeskanzlerin: »Die Zeiten, in denen wir uns auf andere

Bereits im Januar 2017 hat Entwicklungsminister Gerd Müller seine Initiative vorgestellt: Der Marshallplan sei ein »dynamisches Dokument«, das ausdrücklich zur Diskussion einlade. Grundsätzlich müsse die »jahrzehntelange Geber-Nehmer-Mentalität« zugunsten einer »partnerschaftlichen und wirtschaftlichen Kooperation« abgelöst werden, die auf »Eigeninitiative und Eigenverantwortung« setze. Die Schaffung von jährlich 20 Millionen neuen Jobs für die Jugend sei das derzeit wichtigste Ziel für Afrika, im Übrigen auch deshalb, um die Zahl der neu aufbrechenden Migrant\_innen und Geflüchteten zu reduzieren. Doch dies könne nicht durch Entwicklungszusammenarbeit erreicht werden, sondern nur, indem mehr westliche Firmen in Afrika investierten. Allein für die Verwirklichung der UN-Nachhaltigkeitsziele seien 600 Milliarden US-Dollar pro Jahr erforderlich.

Ebenfalls zu Jahresbeginn – aber ohne weitergehende Abstimmung mit dem BMZ – stellte das Finanzministerium seine Compact-Initiative vor. Diese bestimmt mittlerweile weitgehend die afrikapolitische Debatte im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft: Mit Ruanda, Senegal, der Elfenbeinküste, Marokko und Tunesien haben bereits fünf afrikanische Länder ihr Interesse an einer G20-Investitionspartnerschaft bekundet; weitere Länder sollen in den nächsten Jahren folgen. Im Kern geht es um mehr oder weniger neoliberale Reformen, die sogenannte Investitionshemmnisse abbauen sollen. Öffentliche

(Entwicklungshilfe-)Gelder sollen nur noch eingesetzt werden, um privatwirtschaftliche Investitionen zu erleichtern. Beim von der Weltbank, dem IWF und der Afrikanischen Entwicklungsbank erarbeiteten Maßnahmenkatalog handelt es sich jedoch überwiegend um alten Wein in neuen Schläuchen.

## Sechs Gründe gegen »Compact with Africa«

Für die afrikanischen Länder ist die Initiative brandgefährlich – aus mindestens sechs Gründen. Erstens haben ausländische Privatinvestitionen Afrika in den letzten drei Jahrzehnten nicht nach vorne gebracht, sondern immer wieder Ausplünderungszyklen in Gang gesetzt und die Rolle der afrikanischen Wirtschaft als Rohstofflieferant festgeschrieben. Zweitens können ausländische Großinvestitionen nicht die Förderung kleiner Betriebe ersetzen, denn nur in solchen entstehen nachhaltige Arbeitsplätze. Drittens droht den beteiligten Ländern eine neue Schuldenkrise, denn bei den Investitionen geht es nicht um Direktbeteiligungen an Firmen, sondern um Kredite. Das anlagensuchende Kapital operiert angesichts der globalen Niedrigzinsphase mit hohen Zinssätzen zwischen fünf und 15 Prozent. Die NGO-Kampagne erlassjahr 2000 hat in einem Positionspapier darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung unter anderem Pensionsfonds als potenzielle Anleger im Visier hat. Viertens wird in der Compact-Initiative nicht mit einem Wort auf die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele des Pariser Klimaabkommens eingegangen – was bei einem Investitionsprogramm diesen Ausmaßes eigentlich selbstverständlich sein sollte. Auch deshalb droht fünftens im Wettbewerb um neue Investoren die Gefahr einer Abwärtsspirale von Sozial- und Umweltstandards. Während die Compact-Initiative dem Investorenschutz große Bedeutung beimisst, kommen sechstens Beteiligungsverfahren durch die lokale Bevölkerung nicht vor.

Kurzum: Der G20-Protest in Hamburg ist dringend dazu aufgerufen, offensiv die G20-Initiative »Compact with Africa« zu skandalisieren – dies gilt umso mehr, als die afrikanische Wirtschaft durch die ausverhandelten, aber noch nicht in Kraft getretenen EPA-Freihandelsabkommen (»Economic Partnership Agreements«) ohnehin Gefahr läuft, von europäischen Exporten erdrückt zu werden. ●

Olaf Bernau ist bei *Afrique-Europe-Interact* aktiv.

[www.afrique-europe-interact.net](http://www.afrique-europe-interact.net)

» Fortsetzung von Seite 1

nen wie Deutschland, Japan und China, die sich zu Bewahrerinnen der aktuell geltenden Regeln und der »offenen Grenzen« aufschwingen.

Die amerikanische Drohung kontert die EU, indem sie rund um die Welt im Eiltempo neue Freihandelsabkommen schließt. Der CETA-Vertrag mit Kanada ist fertig. Die Abkommen mit dem lateinamerikanischen Mercosur-Bündnis, mit Mexiko und Japan sollen bis Ende des Jahres unter Dach und Fach sein. Gespräche laufen bereits mit Myanmar, den Philippinen und Indonesien, bis Ende 2017 sollen Australien und Neuseeland an die Reihe kommen. »In einer Zeit zunehmenden Protektionismus müssen wir Brücken bauen«, sagte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström.

Um den Weltmarkt verstärkt für sich zu nutzen, wird die Eurozone nach deutschem Vorbild zur Exportmaschine umgebaut. Man will vom Ausland profitieren, Überschüsse erzielen. Das bedeutet, »dass andere Länder Defizite haben, vielleicht auch, dass die dortigen Unternehmen weniger absetzen und die Einkommen niedriger sind«, schreibt der Ökonom Martin Hellwig in der FAZ. »Wettbewerbsfähigkeit«, heißt das Gebot der Stunde, und das ist die »Fähigkeit«, die anderen in der Konkurrenz zu besiegen.

China wiederum reagiert auf die globale Entwertungskonkurrenz, indem es

völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei.« Da Deutschland auf sich allein gestellt zu schwach ist, wird der europäische Schulterschluss gesucht, vor allem mit Frankreich. »Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen«, sagte Merkel und sprach damit dem deutschen Industrieverband aus dem Herzen: »Europa muss global mehr Verantwortung übernehmen und die internationalen Handelsregeln aktiver mitgestalten«, sagte BDI-Präsident Dieter Kempf.

Zum anderen führt jede Regierung diesen Kampf nach innen – gegen die eigene Bevölkerung, die als kostengünstige Ressource den Standort wettbewerbsfähig halten oder machen soll. »Flexibilisierung« der Arbeitskraft ist in allen Ländern die Devise. Das bedeutet für die Menschen mehr Ungleichheit, eine Entsicherung des Lebens, Druck auf die Löhne, Sozialabbau. Um unter diesen Umständen die Zustimmung der Bevölkerung zu erhalten, tut der Patriotismus seinen Dienst: »Die Grenze verläuft nicht zwischen oben und unten, sondern zwischen den Völkern« – wird das geglaubt, erweist sich der Nationalismus als enorme Produktivkraft. ●

Nick Sinakusch schrieb in *ak* 624 über den rechten Traum von nationaler Souveränität.

### Anmerkung:

1) Genauer gehen darauf Samuel Decker und Thomas Sablowski in ihrer im Mai veröffentlichten Studie »Die G20 und die Krise des globalen Kapitalismus« ein. [www.rosalux.de/publikation/id/14866](http://www.rosalux.de/publikation/id/14866)

# DEN SELBST- ZERSTÖRUNGS- MODUS DEAKTIVIEREN

## NoG20 Nach Arabischem Frühling, Indignados, Occupy und Gezi: Warum der Protestzyklus 2011-2013 zerfallen ist

Von Peter Birke  
und Max Henninger

Gerade auch radikale Linke stellen sich Ereignisse wie den G20-Gipfel gerne als Showdown vor. Die weltpolitischen Eliten versammeln sich an einem Ort, um dort unter großer medialer Aufmerksamkeit und erheblichen Sicherheitsvorkehrungen ihrem Geschicht nachzugehen: jenen Zeitpunkt weiter aufzuschieben, an dem das kapitalistische Weltsystem in seine sich ankündigende Agonie eintritt. Wir Kritiker\_innen dieser Eliten antworten, indem wir unseren Protest an ebendiesem Ort tragen. Unser Protest muss mit bescheideneren Mitteln auskommen als das Großereignis, das ihn veranlasst. Er ist stärker angewiesen auf den Erfindungsreichtum und die Entschlossenheit derer, die ihn tragen. Kein Kampf der Gigant\_innen, eher David gegen Goliath. Aber dennoch ein Showdown. High Noon in Hamburg.

### Krisenproteste: Politik der Plätze

Bei aller reeller Gegnerschaft und Ernsthaftigkeit der politischen Ansprüche bleiben die Proteste immer auch eine Inszenierung. Jedenfalls wäre es ein Fehler, auch die Welt jenseits solcher Großveranstaltungen voreilig und ausschließlich nach dem Schema »Macht trifft auf Protest« zu deuten. Denn einerseits erzählt der Alltag nach dem Großereignis mitunter eine andere Geschichte – die inszenierte Gegenmacht wird vielfach durch die Katerstimmung abgelöst, die tagtägliche Ohnmachtserfahrungen hervorrufen. Diese Geschichten müssen auch erzählt und verändert werden, sonst ergibt unser Protest gar keinen Sinn. Aber ebenso wichtig erscheint, neu über die Bedeutung von Protest überhaupt nachzudenken. Denn die Bilanz der weltweiten Protestbewegungen der vergangenen Jahre bleibt, vorsichtig ausgedrückt, zwiespältig – und auch dies lässt die Frage nach der Reichweite unserer Gegeninszenierung umso dringlicher erscheinen.

In der Zeitschrift Sozial.Geschichte Online und dem Sammelband »Krisen

Proteste« (1) sind wir und andere anlässlich des Protestzyklus von 2011 dem Zusammenhang von krisenhafter kapitalistischer Entwicklung und Protest nachgegangen. Damals, vor wenigen Jahren, schien die Welt in der Krise, aber auch im Aufbruch. Beispiele haben wir damals weniger in der Bundesrepublik gesucht, in der nur wenige Monate nach der tiefen ökonomischen Verwerfung von 2009/2010 soziale Konflikte scheinbar suspendiert waren. Bezugspunkte waren vielmehr die Bewegungen gegen die autoritären Regimes im Arabischen Frühling, die Indignados und die Massenbewegungen gegen das Austeritätsregime, Occupy Wall Street. Der Zyklus endete im Grunde 2013 mit den Gezi-Park-Protesten in der Türkei. Gemeinsam schien all diesen Aktionen eine »Politik der Plätze«, in der unterschiedliche soziale Forderungen mit der unmittelbaren Aneignung des öffentlichen Raums sowie entwickelten Formen direkter Demokratie verbunden wurden.

Schon 2011 stellte sich uns der Zusammenhang zwischen »Krisen« und »Proteste« alles andere als linear dar. Zwischen den beiden Worten schien uns ein Leerzeichen zu stehen. Nur ein Jahr später mussten wir konstatieren, dass eine zwar nicht weltweit, aber doch vielerorts zu beobachtende Verlaufsform kapitalistischer Entwicklung die Zerstörung der Möglichkeiten von Protest zur Folge hat: periodische Hungersnöte wie in Ostafrika, Entstaatlichungskriege wie in Libyen und Syrien. Die Gezi-Park-Proteste und ihre Zerschlagung läuteten dann das Ende eines Zyklus ein, in dem emanzipatorische, antikapitalistische Forderungen die Sozialbewegungen eindeutig dominierten. Was geschah danach?

Diese Frage zu beantworten, ist eine schwierige Aufgabe, der wir uns hier nur sehr grob annähern können. Uns scheint, dass »Protest« – regional differenziert – seitdem in drei Formen zerfallen ist: Er erscheint als fragmentiert, institutionalisiert und repressiv bearbeitet.

Dabei gilt für die Bundesrepublik vor allem der erste Modus, die Fragmentierung. Ja, es gab Proteste, und zwar auch gegen die Austeritätspolitik. Vor allem die Recht-auf-Stadt-Bewegungen haben an den Protestzyklus von 2011 angeknüpft – und sie haben eine Zeit lang recht erfolgreich Gentrifizierungsprozesse und

Verwerfungen auf lokalen Wohnungsmärkten thematisiert. 2014 und 2015 fanden dann die umfangreichsten Arbeitskämpfe seit Jahrzehnten statt – teilweise, wie im sogenannten Kita-Streik, waren sie direkt gegen lokale und zentralstaatliche Ressourcenverknappung gerichtet. Und schließlich haben auch die Solidaritätsbewegungen mit neuen Migrant\_innen – von der Lampedusa-Gruppe in Hamburg bis hin zur Welcome-Bewegung – für viel Aufsehen gesorgt. Doch die Bezugnahme dieser Bewegungen aufeinander war sehr schwach. Solidarische Kooperationen über Grenzen hinweg wurden oft nur implizit oder am Rande befördert. Versuche, eine Solidarität emanzipatorischer Sozialbewegungen wenigstens innerhalb Europas zu entwickeln, waren als Kampagne ansehnlich, haben aber so gut wie keine Kontinuität entfaltet.

Zweitens haben sich derweil die Sozialbewegungen in Südeuropa zunehmend institutionalisiert. Zum tragischen Beispiel SYRIZA muss wohl kaum noch etwas gesagt werden. Mit Podemos in Spanien geht eine weniger dramatische, inhaltlich aber ähnliche Entwicklung einher. Aus Befürworter\_innen von antineoliberalen Widerstand sind nicht selten diejenigen geworden, die angeblich sozialverträgliche Sparprogramme verantworten. Das heißt nicht, dass es keine Sozialproteste mehr gibt: Es gibt sie, etwa in Griechenland und Italien. Aber sie haben es häufig mit politischen Gegner\_innen und/oder Verhandlungspartner\_innen zu tun, die aus der eigenen Geschichte hervorgegangen sind.

### Die autoritäre Wende

Drittens ist die transnationale Bewegung gegen den Neoliberalismus durch die autoritär-repressive Wendung in vielen Staaten erstickt worden. Das wichtigste, für uns problematischste Element dieser Wendung ist die Bewegungsform, die rechte und faschistische Organisationen und Parteien angenommen haben. Das gilt auch für die »protestförmige« Rechte in Deutschland, von PEGIDA bis hin zu großen Teilen der AfD. Schlimmer noch verhält es sich dort, wo autoritäre Organisationen, wie in Ungarn oder der Türkei, den Staat partiell oder vollständig gekapert haben und jetzt ihre Gegner\_innen mit Repression überziehen. Und diese



Entwicklungen erscheinen noch gemäßigt im Vergleich zur Erstreckung der emanzipatorischen Impulse des Arabischen Frühlings in Ägypten und anderswo. Keine Spur mehr von Protest – es geht dort ums nackte Überleben.

Was wir 2011 als schwache Verbindung von Protesten und Bewegungen auf globaler Ebene sahen, ist zerfallen. In einer Zeit, da sich die Zeichen für die aufkommende finale Krise des kapitalistischen Weltsystems häufen, werden die Grenzen des Paradigmas »Protest« erkennbar. Die Frage ist berechtigt, ob dieses Paradigma noch in den Mittelpunkt langfristiger antikapitalistischer Strategiebildung gehört. Jason W. Moore hat dargelegt, wie der weltweite Fortschritt kapitalistischer Inwertsetzung nach und nach jene Peripherien des Systems vernichtet, auf denen Akkumulation bislang beruht hat. (2)

Der Zugriff auf billige Arbeitskräfte, Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe ist, vor allem aufgrund der ökologischen Krise, immer weniger gewährleistet. Während die Herausforderungen zunehmen, schwinden die Ressourcen, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Ob den Bemühungen kapitalistischer Eliten, einen Ausweg aus dieser für sie brisanten Entwicklung zu finden, mit Protest begegnet wird, ist womöglich eine nachrangige Frage. Vielerorts geht es heute zunächst einmal darum, die Ausbreitung von Entstaatlichungskriegen syrischen Typs zu verhindern, also für den Erhalt einer Gesellschaftlichkeit zu sorgen, in der die Menschen nicht auf Generationen traumatisiert und durch ihre gesamte Erfahrungsstruktur auf immer stärker gewaltförmige Bewältigungsstrategien festgelegt sind.

Das ist, wie Christian Parenti anschaulich dargelegt hat, für jene äquatornahen Gebiete Afrikas, Asiens und Lateinamerikas von besonderer Bedeutung, die über Jahrzehnte von der Gewaltgeschichte des Kalten Krieges geprägt worden sind (der so kalt dort oft nicht war) und auf deren Ressourcen- und Ernährungslage sich heute der Klimawandel besonders verheerend auswirkt. (3) In den Slums von Brasilien und Mexiko, den kenianischen Dürregebieten, in Afghanistan, Syrien, Pakistan und Indien ist der Bürgerkrieg bereits Alltag.

Diese Entwicklung einzudämmen und nach Möglichkeit rückgängig zu machen, wäre vielleicht Hauptaufgabe eines global ausgerichteten Antikapitalismus, denn nur in intakten, nicht von Krieg und Gewalt zerrissenen Gesellschaften kann sich auf eine nachkapitalistische Welt anders vorbereitet werden als durch fortgesetzte Selbstzerstörung. Das ist aber keine Frage von Protest mehr, eher eine von praktischer Solidarität. ●

**Peter Birke und Max Henninger**

sind Redakteure der Zeitschrift Sozial.Geschichte Online. Alle Hefte sind unter [sozialgeschichte-online.org](http://sozialgeschichte-online.org) einsehbar.

### Impressum

**ak** Herausgeber Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.  
Druck, Verlag ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg. Telefon Redaktion, Verlag (0 40) 40 17 01 74, [redaktion@akweb.de](mailto:redaktion@akweb.de), [www.akweb.de](http://www.akweb.de). Vi.S.d.P. S. Friedrich für diese Ausgabe, Verlagsanschrift. Auflage 12.000.

### Gipfel-Infos

#### Diskutieren

65 Organisationen und Initiativen haben sich zusammengetan und zum Auftakt der Proteste gegen die G20 den »Gipfel für globale Solidarität« auf die Beine gestellt. Auf die Teilnehmenden des Alternativgipfels warten elf Podiumsveranstaltungen und über 70 Workshops, unter anderem zu Neoliberalismus und Globalisierungskritik, Commons, Friedensbewegung, Klimagerechtigkeit und Solidarität gegen Abschottung und Rassismus. Vertreten sind Aktivist\_innen, Wissenschaftler\_innen sowie weitere politisch Aktive aus über 20 Ländern mit einer großen Bandbreite an politischen Projekten: Dabei sind nicht nur Nichtregierungsorganisationen und Parteiinitiativen wie Barcelona en comú, die indigene Partei Pachakutik aus Ecuador, die türkische Emek Partisi oder die PYD aus Nordsyrien, sondern auch lokale und transnationale Netzwerke und Initiativen wie Afrique-Europe-Interact, Women in Exile sowie Vertreter\_innen von Bewegungen wie dem Movimiento Mesoamericano oder der US-amerikanischen Friedensbewegung.  
→ [www.solidarity-summit.org](http://www.solidarity-summit.org).

#### Blockieren

Der G20-Irrsinn: eine demokratiefreie Zone von 38 Quadratkilometern, in der alle Proteste verboten sind, 400 Millionen Euro an Kosten. Unter dem Motto »Colour the Red Zone« wird dazu aufgerufen, mit Zehntausenden die Straßen im Herzen Hamburgs wieder anzueignen und den G20-Gipfel zu blockieren. ([www.blockg20.org](http://www.blockg20.org)) Auch der Hamburger Hafen wird vom Protest nicht verschont bleiben. Die Logistik des Kapitals lahmlegen soll dort eine zweite Blockade. Die »Social Strike Action« will neue Wege des Protests gegen Armut, Ausbeutung und Abschottung gehen und die logistischen Transportketten mit massenhaftem zivilem Ungehorsam symbolisch unterbrechen. Außerdem stellt sich im Hafen die NoG20-Klimaaktion der »alltäglichen Beschleunigung des Klimawandels« in den Weg; die Aktivist\_innen rufen dazu auf, die Drehscheibe für den Welthandel mit Kohle, Uran und Waffen zu blockieren. Außerdem ist Freitag Schultag – die Jugend gegen G20 wird an diesem Tag das Bildungssystem bestreiken.  
→ [www.shutdown-hamburg.org](http://www.shutdown-hamburg.org).

#### Demonstrieren

Die zentrale Großdemonstration findet am Samstag, dem 8. Juli, unter dem Motto »Grenzenlose Solidarität statt G20« statt. Die Demo möchte die »Ablehnung der kalten und grausamen Welt des globalen Kapitalismus deutlich machen, wie sie von den G20 repräsentiert und organisiert wird«. Zugleich solidarisiert sie sich mit all jenen, »die weltweit durch Proteste, Streiks oder Aufstände der Politik der G20 entgegentreten«. Der Auftakt ist ab 11 Uhr auf dem Deichtorplatz (Nähe Hauptbahnhof). Los geht es um 13 Uhr. ([g20-demo.de](http://g20-demo.de)). Zwei Tage vorher, am Donnerstag (6. Juli), findet die Demonstration unter dem Motto »G20 – Welcome to Hell« statt. Die Demonstration soll ein erster Ausdruck des Widerstands und der »unversöhnlichen Feindschaft gegenüber den herrschenden Verhältnissen und des Gipfelspektakels« sein. Die Demo beginnt um 16 Uhr am Fischmarkt in St. Pauli. Ab 19 Uhr will sich die Demonstration mit mehreren Zwischenkundgebungen auf die rote Zone zubewegen und in Sichtweite des Tagungsorts Messehallen ihren Abschluss finden.  
→ [g2otohell.blackblogs.org](http://g2otohell.blackblogs.org)

# EIN AUFS'TAUND DER HOFFNUNG

Interview: Jan Ole Arps

**N**och drei Wochen bis zum Gipfel, da haben wir uns mal bei der Pressesprecherin der Interventionistischen Linken (IL) nach dem Stand der Vorbereitungen erkundigt und nachgefragt, was das Ganze soll.

*Emily, du bist die Pressesprecherin der IL zum G20-Protest und musst derzeit viel über Gewalt reden. Was sind die blödesten Gewaltfragen?*

Emily Laquer: Haha. Am nervigsten finde ich die penetrante Aufforderung, mich von allem zu distanzieren. Die weise ich grundsätzlich zurück. Unsere Bewegungen sind heterogen, das sollen sie auch sein. Wir gewinnen nicht an Stärke, wenn wir erstmal aussortieren, wer alles nicht dazugehören soll.

*In der Hamburger Mopo hast du dich dennoch von autonomen Protestformen abgegrenzt. Wieso?*

Quatsch! Ich hab erklärt, warum ich mich nicht distanzieren. Die IL ist eine postautonome Organisation. In den 1990er Jahren hat sich eine politische Strömung entwickelt, die sich in der sogenannten Heinz-Schenk-Debatte öffentlich von den traditionellen autonomen Strukturen verabschiedete. Teile dieser Strömung gingen über zehn Jahre später in der IL auf. Unser Politikverständnis unterscheidet sich also deutlich von dem der Autonomen. Um eine starke linke Opposition auf der Straße aufzubauen, müssen wir aber zusammenhalten und geeint in die Offensive gehen.

*Die Gründung der IL ist eng mit dem Protest gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 verknüpft. Damals ging es darum, als radikale Linke sichtbar zu werden. Zehn Jahre später prägt der gesellschaftliche Rechtsruck das Bild. Wozu da Gipfelproteste?*

Die Globalisierungsbewegung der späten 1990er und frühen 2000er Jahre wendete sich gegen Ronald Reagans und Margaret Thatchers Losung, es gäbe nach dem Zusammenbruch des Ostblock keine Alternativen zum Neoliberalismus. Damals mussten die Banner auf unseren Gipfelprotesten daran erinnern, dass wir noch immer an die Andere Welt glaubten. Zehn Jahre später scheint der neoliberale Status quo aufgebrochen, aber nicht von uns, sondern vom Siegeszug rechter und rechtsextremer Parteien. Der G20-Gipfel wird eine Bühne für die Schlacht zwi-

## NoG20 Emily Laquer von der Interventionistischen Linken über den Sinn von Gipfelprotesten, den Zweck von Zahnbürsten und, natürlich, die Gewaltfrage

schon Festungskapitalisten wie Trump oder May und neoliberalen, imperialen Geostrategen wie Merkel, Trudeau oder Macron. Auch zehn Jahre nach Heiligendamm muss die radikale Linke um Sichtbarkeit ringen, um in die politische Großwetterlage zu intervenieren.

*Ist es nicht ein Problem, so viel Kraft in die Organisation eines Großereignisses zu stecken, wenn man beim Kampf gegen die rechte Dominanz, gegen Abschiebung oder gegen die Zumutungen des Alltags nur schwer vom Fleck kommt?*

Das ist doch kein Widerspruch. Wenn wir es ernst meinen mit der gesellschaftlichen Intervention, müssen wir überall sein. Die Menschen müssen die radikale Linke finden können, in jedem Stadtteil beim Protest gegen die Entmietung unserer Nachbarn, in jedem Krankenhausstreik gegen Personalmangel, bei jeder Blockade gegen die Abschiebung unserer Mitschüler. Die politischen Auseinandersetzungen finden zunehmend nicht lokal, sondern auf europäischer Ebene oder global statt. Wir brauchen die lokalen Kämpfe, aber wir brauchen auch einen globalen und transeuropäischen Player, der es mit der Politik der G20 aufnehmen kann.

*Was meinst du mit »Player, der es mit der Politik der G20 aufnehmen kann«, wer soll das sein?*

Na das drohende Klimachaos zum Beispiel, das werden wir nicht in unseren Kiezen aufhalten. Das europäische Austeritätsregime unter deutscher Federführung, der EU-Türkei Deal, die 5.000 Geflüchteten, die jedes Jahr im Mittelmeer ertrinken – diese Politik wird weder lokal entschieden noch lokal gestürzt werden.

*Aber sie wird von einer Demonstration gegen ein Gipfeltreffen in Hamburg gestürzt?*

Nein. Aber nichts zu tun, ist keine Alternative, das ist Kapitulation. Transnationale Solidarität ist heute immer noch nötig. Wenn Erdogans Tausende Oppositionelle einsperren, muss er wissen, dass sich ihm Zehntausende an der Seite der kurdischen und türkischen Linken in den Weg stellen, wenn er nach Hamburg kommt. Und wir müssen diese Erfahrung ja auch machen. Wenn wir nach dem Gipfel in unsere Städte zurückkehren, dann mit dem Wissen, dass wir nicht allein sind mit unseren Kämpfen. Wir brauchen in Hamburg einen Aufstand der Hoffnung, der uns an den großen Aufbruch glauben lässt.

*Die Gewichtung von Großereignis und Alltagskämpfen wird auch im Debattenblog der IL diskutiert, es scheint also nicht alle überzeugt zu sein.*

Klar, dass wir uns streiten und alles immer kritisieren, macht uns doch zu Linken. Solidarische Debattenkultur ist ein Reichtum. Der Zweifel, die Ungeduld, das Gefühl, nicht das Richtige oder nicht genug zu tun, ist doch der wirksamste Treibstoff, um die Welt zu verändern. Zufriedene und genügsame Menschen schreiben selten Geschichte.

*Apropos Geschichte: Als Presse-sprAnders als vor zehn Jahren halten sich die eher bürgerlichen Organisationen diesmal beim Protest zurück. Geht die Spaltungstrategie besser auf, oder woran liegt das?*

Hamburg wird riesig. Sogar der rot-grüne Senat wird riesig seinen eigenen Scheinprotest, obwohl er ja den Gipfel ausrichtet. Damit kann es keine Zusammenarbeit geben. Die meisten NGOs hätten wir gern im Bündnis gehabt, aber der Kreis um Compact wollte das nicht. Dass der Gipfel in einer Metropole stattfindet, wo Millionen Menschen leben, ist unverantwortlich, weil er nur mit

einem Ausnahmezustand durchführbar ist. Aber im Gegensatz zu den Alpen um Elmau wird das Terrain größer, in dem sich alle auf ihre Weise artikulieren können. Hamburg könnte eines der größten Bewegungsereignisse der Dekade werden.

*Ihr habt in den letzten Jahren zu Blockupy viele Kontakte in andere europäische Länder geknüpft, wer kommt von dort nach Hamburg?*

Wir wissen von Genossinnen und Genossen in Italien, Griechenland, Frankreich, Dänemark und Schweden. Aus der Schweiz kommt ein Sonderzug mit 1.000 Plätzen – den gab's ja aus Berlin zu Blockupy auch schon. Auf der Abschlusskundgebung der Großdemo am 8. Juli werden wir Rednerinnen und Redner aus der Black-Lives-Matter-Bewegung aus den USA, aus Rojava und aus dem globalen Süden zu Gast haben.

*Wie geht es nach dem 8. Juli weiter?*

Von den Tagen um Heiligendamm ist mir eine Erinnerung am stärksten geblieben: wie ich auf dem Heimweg beim Umsteigen an irgendeinem Thüringer Bahnhof zwei Punkern mit Attacafahne über den Weg gelaufen bin und wir uns noch ein letztes Mal zuriefen: »We are unstoppable, another world is possible.« Dieser Moment hat mir noch Jahre später Mut gemacht. Nach Hamburg ist Ende Gelände. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die AfD im Herbst in den Bundestag einziehen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich die Balkanroute wieder öffnet. Im besten Fall können wir aus Hamburg das Gefühl dafür mitnehmen, dass wir viele sind, unstoppable, und dass Rebellion möglich ist.

*Wozu eigentlich die Zahnbürsten, die ihr ständig schwenkt? Ultima Ratio nach dem »Genuss« des Solimexikaners?*

Die Zahnbürste erinnert natürlich daran, wie sich Hamburg mit einer Klobürste erfolgreich gegen die Gefahrengelände gewehrt hat. Die Hamburger Innenbehörde tut derzeit alles, um zu eskalieren. Der aus dem Ruhestand zurückgeholte Einsatzleiter Hartmund Dudde hat bereits angekündigt, die Auseinandersetzung mit uns werde auf der Straße ausgetragen, nicht später von den Gerichten. Wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen, uns von den Repressionsbehörden abschrecken zu lassen, das wollen sie ja. Der Wahnsinn der Welt erfordert unseren kollektiven Mut – den, der keine Helden braucht, weil wir aufeinander aufpassen und zusammenhalten. Wir nehmen den Polizeigewahrsam in Kauf. Mit Zahnbürste sind wir auf alles vorbereitet. ●



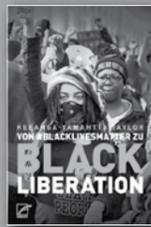
**Emily Laquer**

ist Pressesprecherin der Interventionistischen Linken zu den G20-Protesten und wurde schon Ortsbesichtigung des Gipfelgeländes von der Polizei vorübergehend festgesetzt. Die G8-Proteste in Heiligendamm 2007 waren ein wichtiges Ereignis in ihrer Politisierung. Damals war sie 20 Jahre alt.

# Highway to Hirn

Linke Politik: Informationen, Analyse und Debatten über und gegen den Kapitalismus, monatlich auf 36 Seiten. Jetzt das ak Sommerabo abschließen und länger ak lesen.

**Unsere Abo-Prämien für dich: die gewünschte Prämie bitte unten ankreuzen.**



**Prämie A**  
Keeanga  
Yamahtta-Taylor:  
Black Liberation



**Prämie B**  
Sebastian  
Friedrich:  
Die AfD



**Prämie C**  
Liv Strömquist:  
Der Ursprung  
der Welt (Comic)



**Prämie D**  
Bini Adamczak:  
Kommunismus



**Prämie E**  
Luther Blissett:  
Q – Gegengeschichte der Reformation (Roman)

Ausfüllen, ausschneiden, einsenden! analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg. Oder faxen: (0 40) 401 701 75, Online-Bestellformular: [www.akweb.de](http://www.akweb.de)

Ich möchte meinem Gehirn eine Freude machen und bestelle das ak-Sommerabo\*

\* Bis 31. August neu erscheinende Ausgaben (Juni & August) erhalte ich gratis. Mein reguläres Jahresabo (11 Ausgaben + Sonderhefte) beginnt mit der Septemberausgabe 2017. Im Juli erscheint ak nicht. Abopremien kann ich auch noch wählen, ich erhalte sie nach Bezahlung der Rechnung, bei Erteilung einer Einzugsermächtigung sofort: [www.akweb.de/service/aktion/sommerabo2017](http://www.akweb.de/service/aktion/sommerabo2017)

Ich möchte die geschäftliche Kommunikation mit dem aki-Verlag über E-Mail abwickeln.

**Auftraggeber\_in**

NACHNAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ ORT

LAND

E-MAIL

Ich möchte ak verschenken

Ich möchte eine andere Lieferadresse angeben.

**ak soll gesendet werden an:**

NACHNAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ ORT

LAND

E-MAIL

Das Abonnement ist auf den angegebenen Zeitraum bzw. auf mindestens ein Jahr begrenzt.

**Werbeprämien Sommerabo ak extra:**  
Ich habe ak für ein Jahr abonniert bzw. ein Jahresabo verschenkt. Schickt mir bitte die angekreuzte Prämie. Das Angebot gilt nicht für das Sozialabo.

Prämie:  A  B  C  D  E

**Abo-Preise**

Zahlungsweise:	halbjährlich	jährlich
Normalabo Inland	€ 28,00	€ 55,00
Förderabo*	_____	_____
Sozialabo**	€ 20,00	€ 38,00
Zuschläge: Europa	€ 5,00	€ 10,00
weltweit (Luftpost)	€ 8,00	€ 15,00

\* Bitte einen freiwilligen Förderbetrag über dem Preis des Normalabos eintragen.

\*\* Das Sozialabo ist für Menschen mit geringem Einkommen, ohne Werbeprämie

**Laufzeit**

Die Mindestlaufzeit eines Abonnements beträgt ein Jahr. Bis spätestens drei Wochen vor dem Ablauf des Bezugsraumes ist es schriftlich kündbar. Ich weiß, dass ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.

ORT, DATUM

UNTERSCHRIFT

**Zahlungsweise**

Ich fülle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen.

Hiermit ermächtige ich a.k.i., Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Preis für diese Bestellung zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

KONTOINHABER\_IN

IBAN

BIC

GELDINSTITUT

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung per Überweisung auf das Konto aki, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, GLS Bank, IBAN DE 12 4306 0967 2038 5462 00 BIC: GENODEMIGLS